

**Prof. Dr. Paul J.J. Welfens:** Jean Monnet Professor für Europäische Wirtschaftsintegration und Lehrstuhl für Makroökonomik an der Bergischen Universität Wuppertal /// Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) e.V. an der Bergischen Universität Wuppertal (Rainer-Gruenter-Str. 21, D-42119 Wuppertal, +49 202 4391371) /// Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po, Paris, Research Fellow, IZA, Bonn /// Non-Resident Senior Fellow at AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC /// [welfens@uni-wuppertal.de](mailto:welfens@uni-wuppertal.de) /// [www.eiiv.eu](http://www.eiiv.eu) /// [www.econ-international.net](http://www.econ-international.net)

## Eine Europäische Sicht auf das Griechenland-Problem

Während Griechenland gewählt hat, wird ein erheblicher Teil der Debatte in Deutschland von Überlegungen bestimmt, wie man am billigsten das Griechenland-Problem los wird: Athen aus dem Euro faktisch hinausschieben und womöglich als assoziiertes Mitglied halb an Bord halten, so ist eine der einprägsamsten Sichtweisen. Was in der Debatte völlig fehlt und das macht den Unterschied zu einem wirklichen Europa – oder auch zu den USA – aus, ist eine gesamteuropäische oder EU-Betrachtung sowie eine Überlegung zu den Grundlagen der Währungsunion.

Griechenland ist in 2001 freiwillig an Bord der Währungsunion gekommen und es hat über Jahre die Vorteile niedriger Realzinssätze genutzt: großenteils für die Erhöhung des Konsums bzw. die Erhöhung der Staatsquote und die Expansion des Sektors der nichthandelsfähigen Güter. Dabei stand es praktisch immer oberhalb der 3%-Defizitquote und im Widerspruch zum Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die Euro-Partnerländer haben das über Jahre weitgehend untätig hingenommen und der Präsident der Europäischen Kommission hat den historischen Defizitbetrag aus dem griechischen Wahljahr 2009 – 4% Defizitquote wurden von Athen nach Brüssel gemeldet, 15.8% war die Ist-Zahl – mit elegantem Schweigen tapfer begleitet. Dass man seitens der unklug duldsamen Euro-Partnerländer bzw. der Kommission eines Tages einen Preis für unterlassenes Einschreiten von Regelbrüchen Athens würde zahlen müssen, war damit spätestens 2009 deutlich. Dabei geht es nicht um Regelbrüche durch ein Mitgliedsland allein (eigentlich geht es auch um Irlands jahrelange Verstöße gegen EU-Bankenaufsichtsregeln, wozu Barroso verantwortungsscheu schweigt), sondern in der globalen Außenwirkung wird auch die Glaubwürdigkeit der Eurozone bzw. der EU geschwächt. Dafür wird die EU einen Preis zahlen müssen, denn wer weniger glaubwürdig ist, kann in globalen Verhandlungen weniger erreichen. Dass das Europäische Parlament bisher Barroso stützt, ist kaum nachzuvollziehen.

2010 schließlich verlor Griechenland dann den Zugang zum Kapitalmarkt und es erhielt ein 110 Mrd. Euro Kreditpaket vom IWF und von den Ländern der Eurozone – ohne die notwendigen Auflagen in Sachen Privatisierung, bei denen laut IWF-Aufstellung dank eines Staatsvermögens, das die Staatsschulden übertraf, eigentlich viel an wirklicher und leichter Rettung zu holen gewesen wäre. Im Frühjahr 2012 kam ein weiteres 130 Mrd. €-Paket hinzu, welches ein wenig in einer Situation half, in der Athen dank „Haarschnitt“ bei den privaten Gläubigern gut 100 Mrd. € Staatsschuld abschneiden konnte. All dies geschah zu einem sehr hohen Preis: Seither haben Spanien und Italien nur zu erhöhten Zinssätzen bzw. Risikoprämien Zugang zum Kapitalmarkt. Einer der Gründe ist die Angst vor dem nächsten Haarschnitt bei



hochverschuldeten Euro Ländern. Dieses Problem haben die Euro-Gipfel allerdings in 2011 selbst fabriziert. Der Anruf des damaligen italienischen Regierungschefs Berlusconi in den Tagen nach dem 21. August bei dem damaligen Deutsche Bank-Chef Ackermann und die Frage, warum dessen Bank italienische Staatsanleihen zu verkaufen begonnen hatte bzw. offenbar keine neuen mehr kaufen wollte, zeigt nur die Ahnungslosigkeit der Politik in Sachen Kapitalmarkt. 2012 ist Griechenland im fünften Rezessionsjahr und die Unentschiedenheiten der Wahlergebnisse vom Mai haben zu einer zweiten Wahl im Juni geführt, die zugleich die politische Instabilität des Landes und einen politischen Radikalisierungsprozess markiert.

Die Griechen mögen sich fragen, was die Neuwahlergebnisse und die Abmachungen mit IWF und EU bzw. den Euroländern für ihr Land bedeuten, manche Spitzenpolitiker in Berlin werden besorgt die Frage stellen, was die Auswirkungen auf Deutschland sind. Man kann aber auch den Blick auf die ganze EU bzw. die Eurozone richten und letztlich auf die Weltwirtschaft insgesamt. Grundsätzlich ist dabei denkbar, dass Athen mit neuer Regierung nach gewissen Weiterverhandlungen mit EU und IWF den Anpassungspfad bzw. die Strukturreformen im Rahmen der Euro-Mitgliedschaft weiter verfolgt. In diesem Fall verdient Athen weitere Unterstützung bzw. die großzügige Geste eines Marshallplans, verbunden mit Eingriffen in Griechenlands Staatsausgaben – zugunsten von privater Investitionsförderung. Oder aber die Regierung kündigt die Verträge einseitig, was wohl zur Einführung der Drachme zwingt. Dann aber hat Athen sich, so jedenfalls die dominierende juristische Sicht, auch außerhalb der EU gestellt. Es müsste dann, falls politisch gewünscht, längerfristig einen neuen Antrag auf Beitritt stellen, wobei von EU-Seite zu prüfen ist, ob die sogenannten Kopenhagen-Kriterien erfüllt werden. Die EU-Länder wären aller Unterstützungspflichten formal ledig und könnten aber auf IWF-Hilfe drängen sowie Griechenland über ein Assoziierungsabkommen unterstützen.

Die Stabilisierung Griechenlands ist wünschenswert mit Blick auf die Menschen in Griechenland, aber auch unter dem Aspekt, dass Athen für ein Schlüsselland auf dem labilen Balkan steht. Griechenland ist Nato-Land und daher sollten auch die USA ein Interesse an einer Stabilisierung des Landes haben bzw. hier mit Maßnahmen und guten Projekten helfen. Die USA ihrerseits sahen sich Mitte Juni 2012 mit der Ankündigung der Rating-Agentur Standard & Poor's konfrontiert, dass man eine zweite Herunterstufung der Kreditwürdigkeitsnote der USA erwäge. Hier sollte die EU die USA zu entsprechendem Handeln bzw. Konsolidierungsmaßnahmen auffordern, denn ein weiteres Abgleiten des US-Ratings nach unten wird wohl das Rating aller OECD-Länder mittelfristig in Mitleidenschaft ziehen.

Besonders interessiert ist auch Russland an einer Griechenland-Stabilisierung, denn ein Konkurs Griechenlands hätte den Konkurs der Banken in Zypern zur Folge, das aus russischer Sicht das wichtigste Auslandsbankenzentrum russischer Anleger im Euroraum ist. Moskau möchte offenbar nicht, dass der IWF in Zypern anrückt und genauer in die Bücher der Banken schaut, was bei einem IWF-Programm für Zypern unvermeidlich wäre.

Italien und Spanien sowie die offiziellen Programmländer Portugal und Irland haben kein Interesse an einem Konkurs Griechenlands und anschließendem Anstieg der Zinssätze für die genannten Länder und der folgenden Vertiefung der Rezession in der Südflanke der Eurozone.

Deutschland, Frankreich, Österreich, die skandinavischen EU-Länder und Großbritannien sowie die osteuropäischen EU-Länder haben großes Interesse daran, dass in der Eurozone weder Chaos in Griechenland noch eine schwere Rezession eintritt. Eigentlich haben alle in der EU ein Interesse daran, dass Griechenlands Strukturreformen umgesetzt und hierbei kann die neue Regierung auch unterstützt werden; bis hin zur Verwaltungsmodernisierung. Keinerlei Interesse haben Euro-Partnerländer Griechenlands – insbesondere auch das Exportland Deutschland – da durch einen Euro-Austritt Athens die Kapitalmärkte mit Zweifeln überschüttet werden, ob denn die Währungsunion überhaupt überlebt bzw. welche Länder als nächstes die Währungsunion verlassen könnten. Wenn sich die Eurozone bzw. ihre Mitgliedsländer nicht historisches Versagen vorwerfen lassen wollen, dann sollten sie alle gegenüber Griechenland diese Botschaft hoch halten und darauf hinweisen, dass die Alternative zum Euro für Griechenland laut EU-Vertrag Austritt aus der EU lautet. Wenn man in Brüssel nicht eine feste politische Verteidigung nach innen definiert – gerade auch begründet mit den hohen Euro-Vorteilen, die z.B. in Deutschland für eine vierköpfige Familie rund 1000 Euro pro Jahr ausmachen -, dann wird das Vertrauen der Kapitalmärkte nicht für die Eurozone zu gewinnen sein; und dann gibt es auch keine langfristige Option für supranationale Euro-Staatsanleihen mit großem Zinsvorteil, die ökonomisch im Rahmen einer Euro-Politikunion wünschenswert sind. Im Übrigen zeigt ein Blick auf die erfolgreichen Sanierungsbemühungen Polens im Zuge der Systemtransformation in den 1990er Jahren, dass bei entschiedenen Strukturreformen die Überwindung auch einer sehr schwierigen Wirtschaftslage möglich ist.

Die USA verzeichneten in den 1840er Jahren eine Staatsfinanzierungskrise bei mehreren Bundesstaaten, von denen einige in einen unkontrollierten Konkurs gingen und andere sich mit ihren Gläubigern einigten – und natürlich mussten alle Strukturreformen durchführen und die Konkursländer kamen über Jahre nicht an Markkredite zu erträglichen Konditionen. Der Bundesstaat weigerte sich damals, allen Aufforderungen von Seiten der Krisen-Bundesstaaten zum Trotz, Schulden der Bundesstaaten zu übernehmen. Der US-Dollar blieb als Währung bzw. beim Devisenkurs relativ stabil in dieser Zeit und nach einer guten Dekade hatten sich die Anpassungsprozesse allesamt vollzogen. Es ist an der Zeit, dass sich die Euroländer darüber im Klaren werden, dass Euro-Mitgliedschaft Euro-Mitgliedschaft heißt. Es besteht bei jedem Euro-Land auch eine Gesamtverantwortung für die Partnerländer in der Eurozone und die Eurozone bzw. EU hat ihrerseits eine Gesamtverantwortung gegenüber der Weltwirtschaft und ihren fast 7 Mrd. Einwohnern.